Deutscher Bundestag **Drucksache 14/906**
14. Wahlperiode
03. 05. 99

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Hans-Michael Goldmann, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760,14/601 bis 14/621, 14/622, 14/623, 14/624 –

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Anhebung der Besoldung der Bundeswehrangehörigen aus den neuen Bundesländern auf 100 % ist dringend geboten.

Eine Demokratie braucht Streitkräfte. Wer Freiheit verwirklichen und schützen will, braucht Macht. Die Bundeswehr wurde 1955 aufgestellt, um uns und unsere Gesellschaft in ihrer freiheitlichen Verfassung in den Grenzen unseres Landes bei Bedarf verteidigen zu können und um im Bündnisgebiet Beistand zu leisten, wenn dies zur kollektiven Verteidigung oder im Rahmen der Krisenbewältigung durch NATO oder WEU nötig geworden wäre.

Mit der Vereinigung 1990 ist die internationale Verantwortung Deutschlands gewachsen. Deutschland braucht zum einen weiterhin leistungsfähige Streitkräfte, die für unser Land Frieden und Freiheit sichern. Zum anderen müssen sie aber auch im Bündnisrahmen zur Krisenreaktion fähig sein und für die Völkergemeinschaft zur Verfügung stehen, wenn unsere Hilfe erbeten wird.

Die Bundeswehr mußte sich auf vielfältige neue Aufgaben einstellen. Dies erfordert Anpassungen und Umgliederungen, die mitunter sehr schwierig sind. Sie verlangen von allen Beteiligten und auch deren Angehörigen große Flexibilität und Opferbereitschaft. Die Angehörigen der Bundeswehr haben bisher alle ihnen gestellten Herausforderungen mit Erfolg gemeistert.

Die Bundeswehr ist fest in Staat und Gesellschaft verwurzelt. Ihr Leitbild ist der Staatsbürger in Uniform. Sie genießt großen Rückhalt bei den Men-

schen unseres Landes. Ihre Einsatzbereitschaft und ihr Ausbildungsstand finden hohe internationale Anerkennung. Persönliche Freiheit, Menschenwürde und Recht sind die Fundamente ihrer inneren Verfassung und bestimmen ihren Auftrag seit ihrer Gründung.

Seit dem 3. Oktober 1990 hat sich am Beispiel der Bundeswehr gezeigt, was erreichbar ist, wenn Deutsche aus Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft einer gemeinsamen Aufgabe stellen. In der Bundeswehr ist die innere Einheit seit langer Zeit vollzogen. Es gibt weder im Leistungswillen noch in der Leistungsfähigkeit Unterschiede, die ihre Begründung aus der Herkunft der Bundeswehrangehörigen ableiten könnten. Ob im Inland oder aber bei Einsätzen im Rahmen der VN oder der NATO erfüllen Soldaten und zivile Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern ihren Auftrag Seite an Seite mit ihren Kameradeninnen/Kameraden und Kolleginnen/Kollegen aus den alten Bundesländern. Deshalb ist die Ost-West-Besoldungsdifferenz bei den Angehörigen der Bundeswehr durch nichts mehr gerechtfertigt. Sie wirkt demotivierend und diskriminierend und ist daher schnellstmöglich abzuschaffen.

2. Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Besoldungskürzung für Bundeswehrangehörige aus den neuen Bundesländern von derzeit 86,5 % in den folgenden drei Stufen auf 100 % anzuheben:

– ab dem 1. Januar 2000 auf 92 %,
– ab dem 1. Januar 2001 auf 96 % und
– ab dem 1. Januar 2002 auf 100 %.

Bonn, den 3. Mai 1999

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Paul K. Friedhoff
Hans-Michael Goldmann
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Ulrich Irmer
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Dirk Niebel
Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion